

Privatisierung und ihre Folgen

Wenn der Staat sein letztes Hemd verkauft ...

VON WERNER RÜGEMER

Die öffentlichen Kassen sind leer, heißt es, der Staat muss sein Vermögen verkaufen, damit er seine Schulden abbaut. Und der Staat und die Städte machen das brav seit Jahren. Der Bund hat die Post verkauft, er hat die 82.000 Wohnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) verkauft und Flughafenteile und die Tankstellenkette „Tank und Rast“ und die Bundesdruckerei und noch vieles mehr. Aber der versprochene Effekt ist nicht eingetreten: Die Schulden wachsen trotzdem immer weiter.

Die Städte verkaufen ganze oder halbe Stadt- und Wasserwerke, sie beauftragen Strom- und Versorgungskonzerne mit der Müllverbrennung und der Energielieferung, Baukonzerne errichten Rathäuser und Schulen und vermieten sie an die Kommunen. Aber auch hier tritt der versprochene Effekt nicht ein: Auch die Schulden der Städte wachsen trotzdem immer weiter. Weil die Städte den Konzernen einen stetigen Gewinn garantieren und auf eigene Einkünfte verzichten. Das Land Berlin hat die Bankgesellschaft privatisiert, hat weit über 100.000 Wohnungen an verschiedene „Heuschrecken“ verkauft, ebenso die Wasser-, Strom- und Gaswerke an die Konzerne RWE, Veolia und Vattenfall. Aber die Verschuldung Berlins ist jetzt noch höher als zuvor.

Nicht nur das: Durch Privatisierung wächst die Arbeitslosigkeit. Hunderttausende Arbeitsplätze wurden bei Bahn und Post abgebaut. Von den 6260 Arbeitsplätzen der Berliner Wasserbetriebe sind in den sechs Jahren seit der Privatisierung nur noch 4.500 übriggeblieben. Und für die Bürger, ob sie noch Arbeit haben oder arbeitslos sind, wird nichts billiger, sondern die privatisierten Unternehmen erhöhen die Preise ungleich heftiger als unter öffentlicher Regie: für Bahntickets, für Briefe und Päckchen, für Wasser, für Abwasser, für Müllentsorgung. In den verkauften Genossenschaftswohnungen steigen die Mieten. Sind irgendwo nach einer Privatisierung die Preise und Gebühren und Mieten gefallen?

Jetzt sagen manche: Aber das Telefonieren ist doch billiger geworden! Das sieht aber nur so aus. Wer weiß schon, dass für die Pensionen von zehntausenden Postlern,

die in den Vorruhestand abgedrängt wurden, allein im Jahre 2006 gut 5 Milliarden Euro aus Steuermitteln zugeschossen werden? Dass diese staatlichen Zuschüsse bis zum Jahre 2034 weiter ansteigen werden und am Ende – das wird 2090 sein – sich auf etwa 555 Milliarden aufsummieren? Die damalige Bundesregierung hat alle Pensionsverpflichtungen der Bundespost auf den Bundeshaushalt übernommen. Die Telekom bekam alle Gebäude und Anlagen und Verträge, aber die Pensionsverpflichtungen übernahm für alle Ewigkeit der Staat. So wurde die Braut für den Börsengang schön hergerichtet. Während wir also so schön billig telefo-



nieren, werden wir als Steuerzahler zusätzlich zur Kasse gebeten.

Die Verfechter der Privatisierung passen sich geschickt dem Zeitgeist an. Gegenwärtig argumentieren sie vor allem mit der Staatsverschuldung, die abgebaut werden soll. Zu Anfang der 90er Jahre sollte privatisiert werden aus Gründen der „Ordnungspolitik“. Post und Bahn seien staatliche Monopole. Sie müssten aufgebrochen werden, sonst könne sich die Marktwirtschaft nicht entfalten. Aber die Telekom AG und die Post AG sind nun noch größere Konzerne. Arbeitslosigkeit und explodierende Preise pflastern ihren Weg.

In den Anfängen wurde wieder anders argumentiert. Bei der Privatisierung von VW wurde mit der „Volksaktie“ gelockt. Mit ihr sollte „Eigentum in Arbeitnehmerhand“ gebildet werden. Auch aus diesen Versprechen wurde nichts. Der größte Brocken der VW-Aktien ist heute in der Hand von US-amerikanischen und englischen Großaktionären. Die Noch-Beschäftigten werden zwischen Lohn-

verzicht und Arbeitslosigkeit hin- und hergeworfen.

Seit gut anderthalb Jahrzehnten wird nun privatisiert. Die Ergebnisse sind eindeutig: Gewiss können die Energie- und Baukonzerne und Finanzinvestoren eines besser als der Staat: Gewinne für ihre Großaktionäre herausholen. Dafür belohnen sie ihre Topmanager mit Millionengehältern und Prämien.

Aber die öffentlichen Versprechen gehen nicht auf. Im Gegenteil: Ihre Gewinne machen sie zulasten von öffentlichen Haushalten und Bürgern. Gerade die Städte, die wie Berlin bisher am meisten verkauft haben, und der Bund zeigen, dass nichts nützt. Die Verkaufserlöse gleichen die Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmen nicht aus.

Wenn der Staat sein „Tafelsilber“ oder sein allerletztes Hemd verkauft haben wird, dann steht er nicht nur nackt da. Dann wird er noch mehr verschuldet sein, aber er wird dann gar nichts mehr zu verkaufen haben.

Wenn die Lohn- und Gehaltsempfänger und die Arbeitslosen und Niedriglöhner und

Rentnerinnen und Rentner und Studenten am Ende alles zusammenzählen, dann sieht für sie schon jetzt die Bilanz sehr schlecht aus. Aus der Privatisierung ergeben sich zu allem anderen weitere Belastungen: die Praxisgebühr beim Arzt, die Zusatzversicherung für die Zahnbehandlung, die Zusatzversicherung für die Rente, die erhöhten Preise für Wasser, Abwasser, Müll, die Ticketpreise der Bahn, demnächst die Mautgebühren auch für PKWs auf Autobahnen und Landstraßen, die privaten Zuzahlungen bei Schulbüchern und Medikamenten, die Studiengebühren ...

Die Privatisierung nach herrschendem Muster ist

eine Mogelpackung, ein Täuschungsmanöver. Es ist an der Zeit, das endlich öffentlich und nachhaltig klar zu machen. Es darf nicht so weitergehen.

Dr. Werner Rügemer, geb. 1941, Köln, ist Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Köln, stellvertretender Vorsitzender von Business Crime Control, Mitglied im Deutschen Schriftstellerverband (VS in verdi). Nach dem Studium der Literatur und Philosophie war er in der internationalen Jugendarbeit und als Redakteur einer pädagogischen Zeitschrift tätig. Seit 1990 ist er freiberuflich tätig, berät auch Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Abgeordnete. Letzte Buchveröffentlichungen: Colonia Corrupta (2002); arm und reich (2003); Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz (2006); Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim (2006).